

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Meneses Vogl und der Fraktion DIE GRÜNEN

Verwicklungen bundesdeutscher Unternehmen in das kolumbianische Drogengeschäft

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hat die Bundesregierung aufgrund der jüngst in der Presse bekanntgewordenen Verwicklungen bundesdeutscher Banken diesbezügliche Untersuchungen eingeleitet?
2. Wie viele und welche bundesdeutschen Banken sind konkret betroffen, und um welche Summen handelt es sich?
3. Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung für die betreffenden Banken zu ziehen?
4. Nach Berichten der Süddeutschen Zeitung vom 24. August 1989 sind laut Gerichtsunterlagen in Atlanta/USA bei der „La Mina“ genannten Geldwaschaktion in Höhe von 1,2 Mrd. US-Dollar bundesdeutsche Makler und Firmen beteiligt.

Um welche Makler und Firmen handelt es sich im einzelnen?

5. In welcher Weise ist die Bundesregierung bisher tätig geworden, um weitere Aktivitäten der Beteiligten zu unterbinden und diese zur Rechenschaft zu ziehen?
6. Bei seinem Besuch in Bonn warf der Generalsekretär der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM), Weihbischof Oscar Rodriguez Madariaga, europäischen Ländern sowie den USA vor, unter anderem Drogenhändler „in Südamerika mit den modernsten Waffen zu versorgen“.

Teilt die Bundesregierung die Meinung, daß eine Ausstattung der Drogenmafia mit bundesdeutschen Waffen (wie mit Waffen überhaupt) verhindert werden muß, und wie will sie die Rüstungsexportkontrolle zu diesem Zweck verbessern?

Bonn, den 18. September 1989

Meneses Vogl

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

